

## **Schluss mit der rassistischen Hetze gegen Roma! Das Recht auf Asyl duldet keine Unterschiede!**

15. Oktober 2012 - In den vergangenen Tagen haben konservative Politiker, aber auch Mitglieder der SPD, wiederholt gefordert, die Visumpflicht für serbische und mazedonische StaatsbürgerInnen, die im Dezember 2009 gelockert wurde, wieder einzuführen. Sie möchten damit den „massiven Zustrom von serbischen und mazedonischen Staatsbürgern“ stoppen. Dabei geht es in erster Linie um Mitglieder der Romaminderheit, die seit Aufhebung der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Schengenraum vermehrt in der EU und anderen Schengener Vertragsstaaten Asyl beantragen.

Die Aufhebung der Visumpflicht für die Staaten des sogenannten westlichen Balkans steht am Ende eines langen Prozesses, bei dem die Staaten im Auftrag der EU tiefgreifende Reformen im Bereich der Gesetzgebung und anderen Bereichen (Dokumentensicherheit, Grenzkontrollen und Kontrolle der Wanderbewegungen, usw.) durchführen mussten. Nur im Bereich Menschenrechte blieben die Reformen weit hinter den Erwartungen zurück. Ende August stellte die EU-Kommission in ihrem [dritten Bericht](#) zur Visaliberalisierung erneut fest, dass die Roma in allen Balkanstaaten einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt hindert.

Nach [Aussagen](#) der serbischen Regierung leben circa 60 Prozent der geschätzten 450 000 Roma in Serbien in unsicheren und unhygienischen Lebensverhältnissen; 30 Prozent haben keinen Zugang zu Trinkwasser; 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Serbische [Studien](#) belegen, dass Romakinder in Sonderschulen mit einem Anteil von mehr als 30 Prozent deutlich überrepräsentiert sind. [Umfragen](#) zufolge gelten sie als die meist diskriminierte Bevölkerungsgruppe in Serbien, eine Diskriminierung, die sich insbesondere im Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich macht. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte in ihrem letzten [Länderbericht](#) zu Serbien fest, dass die Mehrheit aller Roma von Gelegenheitsjobs, wie beispielsweise dem Sammeln von Altmetall lebt, und dass kaum Roma in staatlichen Betrieben beschäftigt sind.

Auch in Mazedonien sind Roma einer allumfassenden Diskriminierung ausgesetzt. Ebenso wie in Serbien leben sie in Mazedonien oft in abgeschiedenen Siedlungen, wo sie keinen oder nur beschränkten Zugang zu grundlegenden Diensten haben. Romakinder sind in Sonderschulen und in Sonderklassen deutlich überrepräsentiert, was sowohl auf ungeeignete Einstufungstests, als auch auf eine falsche Orientierung der Eltern zurückgeht, wie das Budapester *European Roma Rights Centre* kürzlich in einer [Studie](#) feststellte. Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) stellte in einem 2010 veröffentlichten [Bericht](#) fest, dass 70 Prozent aller Roma in Mazedonien arbeitslos sind, womit ihre Arbeitslosigkeit deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. ECRI fand auch, dass Roma mit Vorurteilen im Gesundheitssystem konfrontiert sind, was ihren Zugang zu medizinischen Dienstleistungen beeinträchtigt.

Es ist demnach abfällig, wenn Asylanträge von Roma von vorneherein als unbegründet bewertet werden. Laut [Handbuch](#) des UN-Flüchtlingswerks von 1951 zu den Prozeduren und Kriterien zur Festlegung des Flüchtlingsstatus, das im Dezember 2011, neu aufgelegt wurde, kann Diskriminierung durchaus als Fluchtgrund gewertet werden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie dazu führt, dass eine Person nur mehr begrenzt in der Lage ist, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Daneben stellt das UN-Flüchtlingswerk auch fest, dass

rassistische Diskriminierung eine der deutlichsten Menschenrechtsverletzung darstellt und folglich bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden muss.

Auf Druck von Seiten der EU und ihrer Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, Schweden, Belgien und Luxemburg, haben Serbien und Mazedonien sowie die anderen Balkanstaaten, deren BürgerInnen kürzlich von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte entbunden wurden, in den vergangenen zwei Jahren umfassende [Maßnahmen](#) getroffen, um den angeblichen Missbrauch der Visumfreiheit und des Rechts auf Asyl zu beenden. Dazu gehört eine Verschärfung der Grenzkontrollen, in deren Folge Tausende von Menschen, zumeist Roma, aufgrund von zum Teil fadenscheinigen Argumenten und willkürlichen Begründungen an der Ausreise gehindert wurden. Abgeschobenen AsylbewerberInnen droht bei der Rückkehr eine Strafe und der Verlust ihres Passes, womit sie an einer erneuten Ausreise gehindert werden sollen. Roma werden in den Medien und im politischen Diskurs unterschiedslos als „lažni azilanti“, als „ScheinasylantInnen“ bezeichnet und für die drohende Aufhebung der Visumfreiheit verantwortlich gemacht. Rassistische Ressentiments gegen Roma erleben einen erneuten Auftrieb. Die Gewaltbereitschaft gegen sie nimmt zu.

Parallel dazu erleben wir in westlichen Ländern eine selektive Aushebelung des Rechts auf Asyl. Schnellverfahren, wie sie jüngst vom bayrischen Innenminister Joachim Herrmann ins Spiel gebracht wurden, bieten oftmals nicht die Gewähr für eine rigorose Überprüfung des Einzelfalls, wie sie die Genfer Flüchtlingskonvention vorschreibt. Roma aus dem Balkan, die in der EU und der Schweiz Asyl beantragen, unterliegen ohnehin einem Generalverdacht, sogenannte WirtschaftsasylantInnen zu sein, der eine objektive Überprüfung ihres Antrags auf Asyl von vorneherein unmöglich macht. Bereits heute werden Anträge von Roma aus Serbien und Mazedonien vielfach vorgezogen, mit dem erklärten Ziel, Roma durch eine zügige Bearbeitung ihres Asylantrags, die in der Regel in der Ablehnung mündet, davon abzuhalten, überhaupt nach Deutschland ein zu reisen und dort Asyl zu beantragen.

In weniger als zwei Wochen wird Bundeskanzlerin Merkel in Berlin das zentrale Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma zur Zeit des Nationalsozialismus einweihen. Die Verfolgung und Ermordung von mehr als einer halben Million Sinti und Roma durch Nazideutschland sollte eine Erinnerung und eine Mahnung sein, wohin Rassismus und Vorurteile führen können. In Serbien wurden mehrere Zehntausende Roma und Juden im Rahmen von sogenannten Vergeltungsaktionen von Wehrmachtsoldaten erschossen. Abertausende starben in den Konzentrationslagern Banjica und Sajmište (Belgrad) und Crveni Krst (Niš).

Es ist demnach völlig gedächtnislos und realitätsfremd, wenn deutsche Politiker heute Schnellverfahren für AsylbewerberInnen aus dem Balkan oder eine Wiedereinführung der Visumpflicht fordern, mit dem ausschließlichen Ziel, Roma an der Einreise nach Deutschland hindern. Sie geben serbischen und mazedonischen PolitikerInnen, die ohnehin keinen Hehl aus ihrer Abneigung gegenüber Roma machen und Roma in Randgebiete abdrängen, wo sie erst recht keine Möglichkeit zum Überleben haben, einen Blankoschein, Roma weiter zu diskriminieren und in der Ausübung ihrer Grundrechte einzuschränken.

Wir fordern ein Ende der rassistischen Hetze gegen Roma! Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien dürfen nicht vom Recht auf Asyl ausgeschlossen werden. Sie haben ein Recht auf eine Einzelfallprüfung, innerhalb derer die rassistische Diskriminierung in ihren Heimatländern, in angemessener Weise zu berücksichtigen ist.

Wir fordern ein Ende einer restriktiven Ausländer- und Asylpolitik, die dazu geführt hat, dass tausende von Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die oftmals Opfer von Krieg und Verfolgung waren, nie eine Möglichkeit hatten, ein dauerhaftes Bleiberecht zu erhalten. Personen, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, müssen ein Rückkehrrecht erhalten. Sie überhaupt als Fremde zu betrachten ist zynisch und eine Verkennung ihrer Rechte.

[Chachipe a.s.b.l.](#), Luxemburg

[Förderverein Roma e.V.](#), Frankfurt am Main

[Rom e.V.](#), Köln

[Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V.](#), Berlin

Romane Aglonipe e.V., Hannover

[Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung](#)

[Flüchtlingsrat Berlin e.V.](#), Berlin

[Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.](#), München

Redaktion des [Hinterland-Magazins](#)

[Flüchtlingsrat NRW e.V.](#), Essen

[Grüne Alternative Freiburg](#)

[Roma Center Göttingen e.V.](#), Göttingen

[Hessischer Flüchtlingsrat](#), Frankfurt am Main

[Antirassistische Initiative Rostock](#)

[Aktion Bleiberecht Freiburg](#)

[Bündnis gegen Abschiebungen \(BgA\)](#) Mannheim

[Flüchtlingsrat Niedersachsen](#), e.V., Hildesheim

[Flüchtlingsrat Brandenburg](#), Potsdam

[Flüchtlingsrat Hamburg e.V.](#), Hamburg

Bündnis „MünsteranerInnen für ein Bleiberecht der Roma“

Verein für politische Flüchtlinge, Münster

[Pro Asyl e.V.](#), Frankfurt am Main

[Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.](#) (GGUA Flüchtlingshilfe),

Münster

Initiative Grenzenlos Karlsruhe

[Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.](#), Magdeburg

Roma Union Grenzland e.V., Aachen

[Amaro Foro e.V.](#), Berlin

[Flüchtlingsrat Bremen](#)

[Rostocker Friedensbündnis](#)

[Kampagne "Zusammen handeln! Gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung!"](#)

[NaturFreunde Deutschlands e.V.](#), Berlin

[Flüchtlingsrat Thüringen e.V.](#), Erfurt

[Flüchtlingsrat MV e.V.](#), Schwerin

**Zaustavite rasističke napade na Rome!**

**Pravo na azil ne toleriše razlike!**

15. Oktobar 2012 - Prethodnih dana su konzervativni političari kao i članovi socijaldemokratske stranke u Nemačkoj više puta tražili da se ponovo uvede vizni režim za državljane Srbije i Makedonije koji je ukinut u decembru 2009. Tim potezom oni žele da zaustave „masivan priliv državljana Srbije i Makedonije“. Meta ove mere su prvenstveno pripadnici romske manjine, koji su u većem broju tražili azil od kada im nije potrebna viza za

kratke boravke u šengenskom prostoru, u EU i ostalim državama koje su potpisale šengenski sporazum.

Ukidanje viza za zemlje tzv. Zapadnog Balkana stoji na kraju dugog procesa u kome države u cilju ulaska u EU sprovode dalekosežne reforme u oblasti zakonodavstva i drugih oblasti (sigurnost ličnih dokumenata, kontrola granica i kontrola migracije, itd.). Samo u području ljudskih prava su reforme ostale daleko ispod očekivanja. Na kraju avgusta je Evropska Komisija ponovno utvrdila u svom [trećem obaveštenju](#) o liberalizaciji viznog režima da su Romi u svim zemljama Balkana izloženi sveobuhvatnoj diskriminaciji u ostvarivanju temeljnih ljudskih prava, kao i da im je pristup obrazovanju i osposobljavanju, zdravstvu i tržištu rada sprečen.

Prema [izjavima](#) srpske vlade, oko 60 procenata od procenjenog broja od 450.000 Roma u Srbiji živi u nesigurnim i nehygienjskim uslovima, 30 posto nema pristup vodi, 70 posto nemaju pristup kanalizaciji. [Istraživanja](#) pokazuju da su romska deca više od 30 posto zastupljena u specijalnim školama. Prema anketi, oni se smatraju za najgoru diskriminisanu zajednicu u Srbiji, a diskriminacija se posebno pokazuje u pristupu tržištu rada. Evropska komisija protiv rasizma i netolerancije (ECRI) navela je u svom najnovijem [izveštaju](#) o Srbiji da većina Roma živi od povremenih ili sezonskih poslova kao što je skupljanje starog gvožđa i da nema Roma koji su zaposleni u državnim preduzećima.

U Makedoniji takodje postoji sveobuhvatna diskriminacija Roma. Kao i u Srbiji, Romi u Makedoniji često žive u izolovanim zajednicama, gde nemaju ili imaju samo ograničen pristup osnovnim uslugama. Romska deca su zastupljena u specijalnim školama ili u posebnim razredima u redovnoj školi, što je rezultat neprimerenih testova, kao i pogrešne orijentacije njihovih roditelja, kao što je Evropski centar za prava Roma u Budimpešti naveo u nedavnom [istraživanju](#). Evropska komisija protiv rasizma i netolerancije (ECRI) navela je u [izveštaju](#) objavljenom 2010 da je 70 posto Roma u Makedoniji nezaposleno, t.j. da je njihova nezaposlenost daleko iznad državnog proseka. ECRI je takodje utvrdio da su Romi suočeni s predrasudama u zdravstvenom sistemu, što utiče na njihov pristup zdravstvenim uslugama.

Prema tome je pogrešno od početka procenjivati zahteve za azil od strane Roma kao neosnovane. Prema [priručniku](#) UN o izbeglicama (UNHCR) iz 1951. i postupcima i kriterijumima za određivanje statusa izbeglice, koji je ponovo objavljen u decembru 2011., diskriminacija se može smatrati razlogom za emigraciju. To je posebno slučaj kada osoba ima ograničenu sposobnost da zarađuje za život. UNHCR takodje je utvrdio da je rasna diskriminacija jedan od najčešćih oblika kršenja ljudskih prava i mora, dakle, biti uzeta u obzir pri utvrđivanju statusa izbeglica.

Pod pritiskom EU i njezinih članica, pod vodstvom Nemačke, Švedske, Belgije i Luksemburga, Srbija i Makedonija su, kao i druge balkanske zemlje čiji građani su mogli da putuju bez vize na kraće boravke, u protekle dve godine morale da uvedu [opsežne mere](#) za sprečavanje navodne zloupotrebe viznog izuzetka i prava na azil. To uključuje zatezanje granične kontrole, pa su hiljade ljudi, uglavnom Roma, sprečeni prilikom odlaska, iz nejasnih ili proizvoljnih razloga. Tražiteljima azila koji su vraćeni nazad prete kazne i gubitak putnih isprava, tako da su sprečeni da ponovo odu. Romi su u medijima i u političkom diskursu označeni kao lažni azilanti i okrivljeni za predstojeće ukidanje viznog izuzeća. Rasistička ogorčenost protiv Roma dobija novi zamah. Nasilje nad njima je u porastu.

Paralelno s tim, u zapadnim zemljama vidimo selektivno ukidanje prava na azil. Ubrzane

procedure, kao što je nedavno potvrdio ministar unutrašnjih poslova Bavarske Joachim Herrmann, često ne nude garancije za rigorozan pregled individualnog slučaja kakav propisuje Ženevska konvencija. Za Rome sa Balkana, koji se za azil prijavljuju u EU i Švajcarskoj, odmah se sumnja da su ekonomske izbeglice pa je pregled njihovog zahtjeva za azil nemoguć od samog početka. Već sada se aplikacije Roma iz Srbije i Makedonije za azil tretiraju kao prioritetne, s deklarisanim ciljem da se Rome, brzom obradom njihovog zahteva za azil koji se po pravilu odbija, odvрати od putovanja u Nemačku i prijema.

Za manje od dve sedmice kancelarka Merkel će u Berlinu inaugurirati središnji spomenik Sintima i Romima ubijenim u vrijeme nacionalsocijalizma. Progon i ubistvo više od pola miliona Sinta i Roma od strane nacističke Nemačke bi trebali biti podsetnik i upozorenje do čega mogu dovesti rasizam i predrasude. U Srbiji, nekoliko desetina hiljada Roma i Jevreja su bili ubijeni u okviru tzv odmazde od Wehrmachta. Više hiljada je umrlo u koncentracionim logorima Banjica i Sajmište u Beogradu i Crveni Krst u Nišu.

Bilo bi, dakle, potpuno amnezično i nerealno ako nemački političari sada traže brzi postupak za tražitelje azila iz Balkana ili ponovno uvođenje viznog zahteva s ciljem da se Romima spreči ulazak u Nemačku. Oni ohabruju srpske i makedonske političare koji svakako ne taje svoje antipatije prema Romima da ih sele u područja gdje nemaju način da prežive, i daje im dozvolju za diskriminaciju Rome i da ih dalje ograničavaju u ostvarivanju osnovnih prava.

Tražimo kraj rasističkih napada protiv Roma! Romi iz bivše Jugoslavije ne smeju biti isključeni iz prava na azil. Oni imaju pravo na individualne procene koje treba da uzmu u obzir rasnu diskriminaciju u matičnim zemljama na odgovarajući način.

Tražimo kraj restriktivne politike imigracije i azila, koja je dovela do toga da više hiljada Roma iz bivše Jugoslavije, često žrtve rata i progona, nikada nisu imali priliku da dobiju stalni boravak. Ljudi koji su rođeni ili su odrasli u Nemačkoj treba da dobiju pravo na povratak. Tretirati ih kao strance je cinično i pokazuje nepoštovanje njihovih prava.

[Chachipe a.s.b.l.](#), Luksemburg

[Förderverein Roma e.V.](#), Frankfurt na Majnu

[Rom e.V.](#), Keln

[Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V.](#), Berlin

[Romane Aglonipe e.V.](#), Hanover

[Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung](#)

[Flüchtlingsrat Berlin e.V.](#), Berlin

[Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.](#), Minhen

Redaktion des [Hinterland-Magazins](#)

[Flüchtlingsrat NRW e.V.](#), Esen

[Grüne Alternative Freiburg](#)

[Roma Center Göttingen e.V.](#), Getingen

[Hessischer Flüchtlingsrat](#), Frankfurt na Majnu

[Antirassistische Initiative Rostock](#)

[Aktion Bleiberecht Freiburg](#)

[Bündnis gegen Abschiebungen \(BgA\)](#) Manhajm

[Flüchtlingsrat Niedersachsen](#), e.V., Hildeshajm

[Flüchtlingsrat Brandenburg](#), Potsdam

[Flüchtlingsrat Hamburg e.V.](#), Hamburg

Bündnis „MünsteranerInnen für ein Bleiberecht der Roma“

Verein für politische Flüchtlinge, Minster  
[Pro Asyl e.V.](#), Frankfurt na Majnu  
[Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.](#) (GGUA Flüchtlingshilfe),  
Minster  
Initiative Grenzenlos Karlsruhe  
[Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.](#), Magdeburg  
Roma Union Grenzland e.V., Ahen  
[Amaro Foro e.V.](#), Berlin  
[Flüchtlingsrat Bremen](#)  
[Rostocker Friedensbündnis](#)  
[Kampagne "Zusammen handeln! Gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung!"](#)  
[NaturFreunde Deutschlands e.V.](#), Berlin  
[Flüchtlingsrat Thüringen e.V.](#), Erfurt  
[Flüchtlingsrat MV e.V.](#), Schwerin

**Stop racist attacks against Roma!  
The right to asylum does not tolerate any differences!**

15 October 2012 - Over the past few days, conservative politicians, but also members of the social-democratic party in Germany have repeatedly called for the re-introduction of visa requirements for Serbian and Macedonian citizens, which were partially lifted in December 2009. With this measure, they seek to stop “the massive influx of Serbian and Macedonian citizens”. This initiative is actually essentially targeted at members of the Roma minority, who have increasingly applied for asylum in EU countries and other countries of the Schengen zone, since the visa requirements for short-term travels were lifted.

The lifting of visa requirements for the countries of the so-called Western Balkans came at the end of a long process during which countries of the so-called Western Balkans, at the request of the EU, introduced far-reaching reforms in the area of legislation and other areas such as document security, border controls and migration policy. These reforms have remained well behind the expectations in one particular field: human rights. At the end of August, the European Commission concluded in its [third report](#) on the implementation of the visa liberalization that Roma remain exposed in all Western Balkan states. The Commission underlined the prevalence of discrimination which prevents Roma from the exercise of their fundamental human rights such as access to education and training, health care and employment.

According to the [Serbian government](#), approximately 60 percent of the estimated 450,000 Roma in Serbia live in unsafe and unhealthy conditions; 30 per cent have no access to drinking water; 70 percent lack access to canalisation. [Surveys](#) show that Roma children are over-represented in special schools, where their share is over 30 percent. According to [public opinion polls](#), Roma are viewed as the most discriminated group in Serbia. Discrimination is considered as mostly prevalent in terms of access to the labour market. The European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) noted in its latest [country report](#) on Serbia, that the majority of Roma are confined to performing odd jobs such as scrap metal collection; hardly any Roma is employed in public companies.

In Macedonia as well, discrimination against Roma remains also widespread. Just as in Serbia, Macedonian Roma tend to live in isolated areas, where they have no or only limited access to basic services. Roma children are overrepresented in special schools and in special classes

within ordinary schools. As the European Roma Rights Centre in Budapest indicated in a recent [survey](#), this is as much the result of inadequate tests as of a wrongful information and orientation of their parents. The European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) noted in its 2010 [country report](#) that 70 percent of Roma in Macedonia are unemployed. With this, their unemployment lies well above the national average. ECRI also found that Roma are confronted with prejudices in the health care system, which affects their access to health care.

Accordingly, it is highly derogatory when asylum applications from Roma are assessed from the outset as unfounded. According to the UNHCR [Handbook](#) on procedures and criteria for determining refugee status from 1951, which was updated in December 2011, discrimination may well be considered as a form of persecution. This is particularly the case if it affects a person's ability to earn his or her livelihood. In addition, the UNHCR has also found that racial discrimination is one of the most striking violation of human rights, which must, therefore, taken into consideration when determining the refugee status.

Under the pressure from the EU and individual EU member states, such as Germany, Sweden, Belgium and Luxembourg, Serbia, Macedonia and other Balkan countries, whose citizens have recently benefited from a liberalisation of their visa-regime with the EU and Schengen countries, have put in place extensive [measures](#) in order to combat the alleged abuse of visa-free regime and the right to asylum. These include a tightening of border controls, which has prevented several thousands of people, mostly Roma, from leaving. The reasons for keeping them back were mostly flimsy and arbitrary. Returned asylum seekers are threatened with a penalty and the loss of their passports, which should prevent their renewed departure. In the media and political discourse, Roma are increasingly and generally referred to as either "lažni azilanti", bogus asylum seekers, and blamed for the possible reintroduction of visa requirements. Racist resentments against Roma keep reinvigorating. Violence against them is on rise.

In Western countries, we are witnessing, in parallel, a selective repeal of the right to asylum. Accelerated 48-hours procedures, as recently proposed by the Bavarian Interior Minister Joachim Herrmann as a means to curtail the number of asylum seekers, do not provide the necessary guarantees for an individual assessment of the asylum claims, as prescribed by the Geneva Convention. Roma from the Balkans, who apply for asylum in the EU and Switzerland, are anyway already under a general suspicion of being so-called economic refugees, which makes an objective review of their application for asylum impossible, from the outset. Asylum applications of Serbian and Macedonian nationals are already dealt with on a priority bases, leading mostly to their rejection. The declared aim of this manoeuvre is to discourage Roma from applying for asylum in Germany.

In less than two weeks, the German Federal chancellor Angela Merkel will inaugurate the central memorial to the more than a half million Sinti and Roma, who were murdered under National Socialism, in Berlin. Their persecution and subsequent murder should be a reminder and a warning as to the consequences of racism and prejudices. In Serbia, several tens of thousands of Roma and Jews were executed by Wehrmacht soldiers in the context of so-called retaliation actions. Several thousands of them died in the concentration camps of Banjica and Sajmište in Belgrade and Crveni Krst in Niš.

It is therefore entirely oblivious (of the past) and unrealistic, if German politicians are now calling for the introduction of fast-track 48-hours procedures for asylum seekers from the Balkans or the reintroduction of visa requirements, with the sole aim of keeping Roma from

coming to Germany. Doing so, they provide Serbian and Macedonian politicians, who anyway do not make a secret of their dislike towards Roma and relegate them to remote areas, where they have no way to survive, an excuse to discriminate them even more and to further restrict the exercise of their fundamental human rights.

We call for an end to the racist attacks against Roma! Roma from the former Yugoslavia should not be excluded from the right to asylum! They have a right to an individual assessment of their claim within which racial discrimination in their home countries needs to be taken into consideration in an appropriate way.

We call for an end of a restrictive immigration and asylum policy, which has led to the fact that several thousands of Roma from the former Yugoslavia, often victims of war and persecution, have never had a fair chance to get permanent residence rights in Germany. People who were born or grew up in Germany must be given a right of return. To consider them as foreigners is cynical and a disregard of their rights!

[Chachipe a.s.b.l.](#), Luxemburg

[Förderverein Roma e.V.](#), Frankfurt am Main

[Rom e.V.](#), Köln

[Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V.](#), Berlin

Romane Aglonipe e.V., Hannover

[Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung](#)

[Flüchtlingsrat Berlin e.V.](#), Berlin

[Bayerischer Flüchtlingsrat e.V.](#), München

Redaktion des [Hinterland-Magazins](#)

[Flüchtlingsrat NRW e.V.](#), Essen

[Grüne Alternative Freiburg](#)

[Roma Center Göttingen e.V.](#), Göttingen

[Hessischer Flüchtlingsrat](#), Frankfurt am Main

[Antirassistische Initiative Rostock](#)

[Aktion Bleiberecht Freiburg](#)

[Bündnis gegen Abschiebungen \(BgA\)](#) Mannheim

[Flüchtlingsrat Niedersachsen](#), e.V., Hildesheim

[Flüchtlingsrat Brandenburg](#), Potsdam

[Flüchtlingsrat Hamburg e.V.](#), Hamburg

Bündnis „MünsteranerInnen für ein Bleiberecht der Roma“

Verein für politische Flüchtlinge, Münster

[Pro Asyl e.V.](#), Frankfurt am Main

[Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.](#) (GGUA Flüchtlingshilfe),  
Münster

Initiative Grenzenlos Karlsruhe

[Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.](#), Magdeburg

Roma Union Grenzland e.V., Aachen

[Amaro Foro e.V.](#), Berlin

[Flüchtlingsrat Bremen](#)

[Rostocker Friedensbündnis](#)

[Kampagne "Zusammen handeln! Gegen rassistische Hetze und soziale Ausgrenzung!"](#)

[NaturFreunde Deutschlands e.V.](#), Berlin

[Flüchtlingsrat Thüringen e.V.](#), Erfurt

[Flüchtlingsrat MV e.V.](#), Schwerin



